

GASTBEITRAG

07.04.2012, 12:32 Uhr

Goodies für die Wähler

von Josef Joffe

Ob Betreuungsgeld oder Bildungspaket: Die Politik wirbt mit allerlei sozialen Wohltaten um Anerkennung im Volk. Die oft absurden Vorstöße sind ein Auslöser der weit verbreiteten Staatsschuldenkrankheit.

Das Geplänkel um die „Herdprämie“ rangiert zwischen ärgerlich und lächerlich. Was ist das für eine absonderliche Idee, Menschen den freiwilligen Verzicht zu vergolden? Eltern für etwas zu bezahlen, was sie ohnehin tun wollen, weil sie sich für Kinder entschieden und nicht einem staatlichen Vermehrungsauftrag gehorcht haben?

Übertragen wir das Kita-versus-Kinderzimmer-Beispiel auf die staatlich alimentierte Kultur. Dieser Autor geht gelegentlich in die Oper, wo der Steuerzahler für etwa 80 Prozent der Kosten gut ist. Darf er alsbald eine Couchprämie beantragen, wenn er nur noch der häuslichen Stereoanlage lauscht? Es ist doch ungerecht, dass „der da“ auf Staatskosten „Traviata“ guckt, während man selber die teuren Boxen anstarrt. Eine CD mit Bundesadler muss es pro Abend schon sein (aber bitte mit Netrebko).



Josef Joffe ist Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Quelle: picture alliance / ZB

Hinter dem Absurden lauern leider mehr als die avisierten 1,2 Milliarden Euro für staatlich bestellte Aufzuchsbeamte (früher: „Eltern“). Die Betreuungsprämie symbolisiert aufs Feinste die Existenzkrise des Wohlfahrtsstaates, wie sie in der billionenschweren Schuldenkatastrophe aufscheint. Die wahren Schuldigen sind nicht die Finanzmärkte, die bloß genommen haben, was sie kriegen konnten. An den Pranger muss die Spendierwut demokratischer Gemeinwesen.

Fast jeder westliche Staat zwischen Los Angeles und Lodz gibt mehr aus, als er einnimmt – und gehört deshalb vor den Insolvenzrichter.

Warum verrät der seine Verantwortung? Weil gewählte Regierungen im Dienste des Machterhalts angebotsorientierte Ausgabenpolitik betreiben. Manchmal agieren sie scheinbar selbstlos, also um den „sozialen Frieden“ oder die „soziale Gerechtigkeit“ zu finanzieren, aber immer auch für sich, für die Partei oder für die Klientel. Denn die Wahl muss gewonnen, die Gefolgschaft bedient werden. Folglich wird verteilt und umverteilt. Diese Gruppe wird belohnt, jene bestochen. Aber wie es der Zufall so will, kommt unter dem Strich stets ein Defizit heraus, das sich in steigenden Schulden niederschlägt. Die werden entweder weginflationiert oder der kommenden Generation aufgehalst.

Eine Meisterin der Angebotspolitik ist Ursula von der Leyen

Angebotsorientierte Ausgabenpolitik funktioniert wie die Konsumvariante im Markt. Biete es an, und die Kundschaft wird zugreifen. Ideologie spielt keine Rolle. Erfunden haben die Herdprämie nicht etwa die Sozen, sondern die Christdemokraten, um das Familienwerte-Lager auf Kurs zu halten, derweil Merkel nach links steuert. Eine Meisterin der Angebotspolitik ist die frühere Familien- und heutige Arbeitsministerin, Ursula von der Leyen. „Welt“-Autorin Dorothea Siems nennt sie die „Supernanny der Nation“. Überall entdeckte die Christdemokratin „schutzbedürftige Menschen, denen sie ihre Hilfe angedeihen lässt. Hartz-IV-Kinder, Zeitarbeiter, Alleinerziehende, Niedriglöhner, arme Rentner ...“. Eine geniale Geschäftsfrau.

Die Leute wollen das Goodie nicht, zum Beispiel das „Bildungspaket“? Dann denken wir uns Neues aus: eine Quote für Top-Frauen, eine Auffanggesellschaft für die Kolleginnen bei Schlecker. Entscheidend ist das Angebot, das die Nachfrage treibt. Und den Staat wachsen lässt, denn ist das Wahlvolk erst angefixt, will es mehr. Oder: Was der hat (Kita), will ich auch (Betreuungsgeld). Schändlich ist das keineswegs: Der rationale Mensch wird nehmen, was er kriegt – und aufschreien, wenn er verzichten muss.

FAMILIENPOLITIK

Links, rechts oder Mitte: Es regiert das Eigeninteresse des

PROFESSOR CHIFFRE

Familienpolitik ist kein Wunschkonzert

VERRECHNUNG MIT HARTZ IV

Kein Betreuungsgeld für Arme

MERKEL & CO UNTER BESCHUSS

Betreuungsgeld-Hickhack vergrätzt die
Wirtschaft

staatlichen „Dealers“. Der Politiker agiert ebenfalls rational. Er muss nicht rechnen, weil sein Geschäftsmodell keine Kosten kennt. Das Prinzip ist simpel: Ich gebe, du nimmst, der Dritte – die Allgemeinheit – zahlt. Kein Wunder, dass die unaufhörliche Ausdehnung des Gefälligkeitsstaates zum eisernen Gesetz geworden ist.

Der Beleg ist die stetige Aufblähung der Sozialquote. Unter Wilhelm Zwo betrug sie drei Prozent vom BIP. Heute liegt sie bei rund 30

Prozent. Dieser Trend ist umso erstaunlicher, als die Nation in den letzten hundert Jahren immer reicher geworden ist. Selbst in der nicht sehr fürsorglichen Schweiz liegt die Quote inzwischen bei einem Viertel der Wirtschaftsleistung. Der entscheidende Treibsatz ist nicht Not, sondern Notwendigkeit, und zwar jene, die im demokratischen Prozess angelegt ist.

Hat das eiserne Gesetz keine Grenzen? Doch, aber gezogen werden sie nicht im nationalen politischen Raum, sondern von der Außenwelt – wie jetzt von den verfemten Märkten. Den Wackelstaaten wird nun die astronomische Rechnung für ihre Angebotspolitik nachgereicht. Aber jede Wette, dass nach der Rettung die alten Mechanismen wieder greifen. Die Sparsamkeit hat weder Partei noch Klientel. „Geiz ist geil“ hat noch nie eine Wahl gewonnen.

Der Autor ist erreichbar unter: gastautor@handelsblatt.com

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (**Mediadaten**) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | **Sitemap** | **Archiv**

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.